

**Antrag 195/I/2025****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Integration von Geflüchteten fördern**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksamter,  
 2 des Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufge-  
 3 fordert die Integration von Geflüchteten im Land Berlin  
 4 voranzutreiben und dabei folgendes zu tun:

5

6 1. das Landesprogramm "Berlin entwickelt neue Nach-  
 7 barschaften" (BenN) soll gesichert werden . Zu prü-  
 8 fen ist, inwieweit mindestens zwei neue BenN-  
 9 Projektstandorte für die Unterkunft am Flughafen  
 10 Tegel und ein neuer Standort für die Unterkunft am  
 11 Sangerhauser-Weg entstehen können.  
 12 2. Für die Aufnahme der Genehmigungsfiktion der  
 13 Arbeitserlaubnis von zwei Wochen . Die Anerken-  
 14 nungsstellen sind derart auszustatten, dass sie eine  
 15 Anerkennung von Berufsabschlüssen innerhalb der  
 16 gesetzlichen Fristen sicherstellen können.

17

18 Es soll ein Zugang zu bestehenden Sprach- & Weiterbil-  
 19 dungsangeboten geschaffen werden, in welchem sich Ge-  
 20 flüchtete selbständig nötige Zusatzqualifikationen aussu-  
 21 chen und Kurse leicht, niedrigschwellig und hürdenlos be-  
 22 legen können.

23

**Begründung**

25 In den vergangenen Jahren wurden die Themen Integrati-  
 26 on und Migration zunehmend politisch instrumentalisiert  
 27 und problematisiert. Auch wir erkennen erhebliche De-  
 28 fizite im Bereich der Integration, die dringend adressiert  
 29 werden müssen. Neben einer oft unzureichenden finan-  
 30 ziellen Ausstattung von Integrationsmaßnahmen, stellt  
 31 insbesondere die öffentliche Debatte ein zentrales Pro-  
 32 blem dar. Geflüchtete werden unreflektiert und unbelegt  
 33 für Probleme und vermeintlich steigende Kriminalitätsra-  
 34 ten verantwortlich gemacht und Kanzlerkandidaten ver-  
 35 suchen sich darin zu überbieten, wer besser abschieben  
 36 kann.

37

38 Dieses einseitige Narrativ trägt dazu bei, ein rassistisches  
 39 System zu manifestieren, in dem beispielsweise ukrai-  
 40 nische Geflüchtete leichter Zugang zu Arbeitserlaubnis-  
 41 sen und Bleibeperspektiven erhalten als andere Gruppen.  
 42 Diese Ungleichbehandlung untergräbt den gesellschaftli-  
 43 chen Zusammenhalt und fördert Diskriminierung.

44

45 Die Sozialdemokratie steht in der Verantwortung, sich ent-  
 46 schieden gegen die restriktiven und oft populistischen An-  
 47 sätze von CDU, CSU und AfD zu positionieren. Es gilt, echte  
 48 und humane Lösungen in der Migrationspolitik zu entwi-

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 194/I/2025 (Konsens)**

49 ckeln, die auf Integration, Chancengleichheit und Respekt  
50 basieren und ein Gegennarrativ zu entwickeln. Nur durch  
51 eine solche Politik können wir langfristig eine gerechte  
52 und inklusive Gesellschaft fördern.